

NACH DER EUROPAAWAHL

Der Durchwurschtel-Kanzler

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gaben die deutschen Wähler den Parteien der Ampelkoalition eine Riesenbackpfeife. Zieht Bundeskanzler Olaf Scholz daraus Konsequenzen? Stellt er gar im Bundestag die Vertrauensfrage? Oder macht er so uninspiriert weiter wie bisher?



VON WERNER
WEIDENFELD

Die Europawahl am 9. Juni war dann doch für viele Politiker auf der Berliner Bühne ein einschneidendes Erlebnis. Während die einen Verluste in nie gesehenem Ausmaß einstecken mussten, erzielten die anderen beachtliche Gewinne. Im Vergleich zu bisherigen Resultate wies allein die Union eine gewisse Stabilität auf.

Besonders eindrücklich war die Niederlage (Gesamtverlust 10,7 Prozentpunkte) aller Parteien der Ampel – mit einer deutlichen Schrumpfung der Kanzlerpartei auf jämmerliche 13,9 Prozent der Wählerstimmen. Da drängte sich die Schlüsselfrage auf: Kann Olaf Scholz Kanzler bleiben? Diese Frage findet eine Doppelantwort: nein und ja. Und bei allen Antwortversuchen liegen die Nerven blank.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass am Wirken und am Erscheinungsbild des Bundeskanzlers die existenzielle Dimension einer ganzen Ära festgemacht wird. So war es schon bei Konrad Adenauer, den seine Konkurrenten 1949 zum Kanzler nominierten, als er angab, er könne wohl in seinem hohen Alter dieses Amt nur für ein Jahr wahrnehmen. Und dann blieb er 14 Jahre. Und er war dann sogar bis heute der Einzige, der in einer Bundestagswahl die absolute Mehrheit gewann. Sein Nachfolger Ludwig Erhard, der „Vater des Wirtschaftswunders“, hielt sich nur drei Jahre im Amt, dessen Nachfolger Kurt Georg Kiesinger auch nur drei. Willy Brandt hinterließ mit seiner Entspannungspolitik und seiner Demokratiereform tiefe programmatische Spuren – stolperte aber dann über eine Spionageaffäre.

Manch andere Spuren hinterließ der markante Helmut Schmidt – bis dann durch den Koalitionswechsel der FDP mit Helmut Kohl wieder ein Langzeitkanzler (1982–1999) ins Amt kam. Begünstigt durch weltpolitische Großereignisse wie den Mauerfall hatte Kohl lange politischen Rückenwind und erreichte die deutsche Einheit. Sein Nachfolger Gerhard Schröder geriet schneller in Verschleißturbulenzen. So griff er zum Verfahrenstrick der künstlichen Verneinung der Vertrauensfrage, gefolgt von Neuwahlen. Entgegen seiner Erwartung verlor er diese. Seine Nachfolgerin Angela Merkel bot dann den dritten Fall einer deutschen Langzeitkanzlerschaft (2005–2021).

Olaf Scholz steht aktuell massiv unter Druck – aber er lässt es sich nicht anmerken. In den Medien liest man von ihm als „Teflonkanzler“ („Frankfurter Allgemeine“), also von einem Politiker, an dem alle Kritik abperlt. Er sei wie ein Opel: solide, aber mit langweiligem Image. Entscheidet sich Scholz nun fürs teflonmäßige Aussitzen, oder wagt er es, im Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen und gegebenenfalls den Weg zu Neuwahlen frei zu machen?

Fünfmal gab es die Vertrauensfrage

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist dieses Instrument bislang fünfmal eingesetzt worden. 1972 verlor Willy Brandt die Vertrauensfrage, aber er gewann die anschließenden Neuwahlen hoch. 1982 gewann Bundeskanzler Helmut Schmidt die Vertrauensfrage, die er an Sachfragen aus der Rüstungspolitik und dem Arbeitsmarkt knüpfte. Gleichwohl kam es einige Monate später zum Bruch der Koalition, weil die FDP einen Koalitionswechsel vollzog. 2002 gewann Gerhard Schröder die Vertrauensfrage, die er an der Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan festgemacht hatte. 2005 verlor er die – konstruierte – Vertrauensabstimmung, und es kam zu Neuwahlen, die seine Nachfolgerin Angela Merkel für längere Zeit ins Amt brachte. Vor diesem Hintergrund scheint es unwahrscheinlich, dass Olaf Scholz die Vertrauensfrage stellt. Er wird nicht seinen politischen Untergang initiieren.

Ein freundlicherer und präziserer Weg zu einem positiven Profil in den

Geschichtsbüchern wäre, selbst einen Nachfolger ins Spiel zu bringen. Dazu böte sich Boris Pistorius an. Er ist seit einiger Zeit der beliebteste Politiker Deutschlands. Aber Olaf Scholz denkt hier nicht in Nachfolger-Kategorien, sondern er beauftragt ihn mit schwierigen und heiklen Reformmaßnahmen in der Sicherheitspolitik (siehe Seite 42).

Bei den Sozialdemokraten herrscht jedenfalls große Ratlosigkeit, wie sich die Partei von dem erfolglosen Olaf Scholz befreien könnte. Hin und wieder weicht man ins Satirische aus. So spielte man zu seinem 66. Geburtstag – am 14. Juni 2024 – den Evergreen von Udo Jürgens: „Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an. Mit 66, da kommt man erst in Schuss, mit 66 ist noch lange nicht Schluss“. Mit solch humorvollen Akzenten hofft man ablenken zu können von dem eigentlich großen Desaster, welches dieser Kanzler für die Partei ist.

Entscheidet sich Scholz nun fürs teflonmäßige Aussitzen, oder wagt er es, im Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen?

Wenn also Vertrauensfrage, Neuwahlen, eigene Nachfolgerauswahl und humorvolle Satire als Lösung für Olaf Scholz ausfallen, was bleibt ihm dann noch als Handlungsmöglichkeit? Auf seine Partei kann er sich angesichts der scharfen internen Kritik an seiner Politik nicht stützen – sie fällt als politische Überlebenshilfe aus. Man könnte die SPD vielmehr als Beispiel für die Organisation des Parteienniedergangs heranziehen. Scholz ist auf sich allein gestellt.

Da sein politisches Vertrauenspolster verbraucht ist, müsste er sich als Allererstes darum bemühen, neues Vertrauen zu schaffen. Aber wie? Seine konzeptionelle Ratlosigkeit könnte er auszuhebeln versuchen, indem er die Entwicklung von Konzepten organisiert, also die „Schule des strategischen Denkens“ besucht. Er könnte zum Beispiel einen Rat der Problemlöser schaffen, in den er die Weltspitzenstrategen beriefe, gewissermaßen die Henry Kissingers unserer Zeit.

Die Organisation von Kompetenz liegt im elementaren Handlungsspektrum eines Bundeskanzlers. Niemand konnte das besser als Helmut Kohl. Olaf Scholz traut man Vergleichbares nicht zu. Dabei brauchte es jetzt einen solchen Befreiungsschlag. Doch die elementare Machtstruktur seiner Regierung erlaubt ihm diesen nicht: Die Ampel ist eine Koalition der Verlierer. Wenn diese Verlierer sich neu strukturieren müssten, dann wären sie dem Untergang geweiht – und den wollen weder die SPD noch die Grünen noch die FDP. Also bleibt man einfach auf seinen Stühlen kleben. Die Kernschwäche der Regierungsparteien wird so zur Überlebenshilfe für Olaf Scholz.

Wähler erwarten Orientierung

Vor diesem Hintergrund raubt es dem Beobachter den Atem, wenn man sich das dramatische Ausmaß der politischen Problemstellungen vor Augen hält: Deutschlands und Europas wirtschaftlicher Absturz ist unübersehbar, die Migrationskrise scheint nicht bewältigbar. Es ist Abschied zu nehmen von den Orten der Sicherheit, der Stabilität und der klaren Kalkulierbarkeit. Neue Kräfte werden in dieser Konstellation immer stärker. Stehen wir vor einer neuen nationalistischen Ära?

Der Absturz Europas in nationalistische Abgründe erschien über viele Jahrzehnte quasi undenkbar. Zu tief saßen die Erfahrungen mit nationalistischen Katastrophen, die den Kontinent in zwei Weltkriegen verheerten. Aber mit wachsendem zeitlichen Abstand und mit wachsenden Erklärungsdefiziten wächst die Bereitschaft, Halt und Orientierung in nationalistischen Dispositiven zu suchen.

Ohne klare europäische Vision werden Deutschland und Europa keine Ruhe finden. Weit mehr als zwei Drittel der Bürger bekennen, dass sie das, was da im politischen Raum verhandelt wird, nicht (mehr) verstehen. Die Orientierungslosigkeit ist inzwischen zum eigentlichen Kern des Problems geworden.

Kann Olaf Schulz auf der Zielgeraden seiner Amtszeit die geforderte geistige und politische Ordnung skizzieren? Optimismus erscheint hier weltfremd. Scholz wird als Durchwurschtelkanzler in die Annalen eingehen. ■